

Einwohnerrat Pratteln

Votenprotokoll Nr. 460

Einwohnerratssitzung vom Montag, 3. April 2017, 19.00 Uhr
in der alten Dorfturnhalle

Anwesend	39/38 Personen des Einwohnerrates 7 Personen des Gemeinderates
Abwesend entschuldigt	Einwohnerrat: Stephan Bregy, Christian Schäublin (anwesend bis 20.45 Uhr) Gemeinderat: -
Vorsitz	Jens Dürrenberger
Protokoll	Joachim Maass
Weibeldienst	Martin Suter

Bereinigtes Geschäftsverzeichnis

- | | | |
|-------|--|------|
| 1. | Ersatzwahl für das Wahlbüro für den Rest der Amtsperiode: Noah Mensch, Unabhängige Pratteln, anstelle von Gertrud Breitinger | 3047 |
| 2. | Beantwortung Postulat der SP-Fraktion, Mauro Pavan, betreffend „Kindergarten im neuen Verwaltungsgebäude“ | 2992 |
| 3.-6. | Bericht der BPK zu den vier Doppelkindergärten: | |
| | - Sondervorlage Bewilligung Baukredit von CHF 2'264'000 für Doppelkindergarten Münchacker, Parzelle Nr. 686 | 3028 |
| | - Sondervorlage Bewilligung Baukredit von CHF 2'214'000 für Doppelkindergarten Jugendhauswiese, Parzelle Nr. 310 | 3029 |
| | - Sondervorlage Bewilligung Baukredit von CHF 2'385'000 für Doppelkindergarten Zweien, Parzelle Nr. 426 | 3030 |
| | - Sondervorlage Bewilligung Baukredit von CHF 2'307'000 für Doppelkindergarten Gehrenacker, Parzelle Nr. 629 | 3031 |
| 7. | Bericht und Antrag der Spezialkommission betreffend „Überprüfung Parkierungsreglement“ – 1. Lesung | 2912 |
| 8. | Zonenvorschriften Siedlung – Mutation Gefahrenzonen – 2. Lesung | 3035 |
| 9. | Postulat der SP-Fraktion, Eva Keller-Gachnang, betreffend „Schnellzugshalt in Pratteln“ | 3022 |
| 10. | Postulat der Unabhängigen und Grünen, Fabienne Zahnd, betreffend „Sicherer Schulweg zum Grossmattschulhaus, vom Weiherweg her kommend“ | 3023 |

11.	Beantwortung des Postulates der Bau- und Planungskommission betreffend „Neuregelung für nicht, oder nur teilrealisierte Quartierpläne“	2943
12.	Beantwortung Postulat der SP-Fraktion, Marcial Darnuzer, betreffend "Schaffung von öffentlichen Wertstoffsammelstellen"	2976
13.	Beantwortung Postulat der BPK, Gert Ruder, betreffend „Umgang mit Hecken, Schutzbepflanzungen und ökologischen Vernetzungsachsen im Siedlungsgebiet“	2993
14.	Teilrevision des Personalreglements – 1. Lesung	3041
15.	Postulat der SP-Fraktion, Fabian Thomi, betreffend „Aktuelle Fröschi-Unterführung als Ort der Gestaltung und legaler Graffiti-Kunst“	3040
16.	Verfahrensantrag der SVP-Fraktion, Urs Schneider, betreffend „Vorberatung Vorlagen durch BPK – Änderung des Geschäftsreglements“	3045
17.	Motion Verfahrensantrag der CVP, Andrea Klein, betreffend „Automatische Überweisung von Geschäften an die Bau- und Planungskommission (BPK)“	3042
18.	Motion Verfahrensantrag der CVP, Andrea Klein, betreffend „Änderung der ständigen Mitglieder in der Bau- und Planungskommission (BPK)“	3043
19.	Postulat der CVP, Andrea Klein, betreffend „Digitalisierung der Einwohnerratsitzungen“	3044
20.	Fragestunde (nach der Pause)	

Begrüssung durch Jens Dürrenberger, Präsident

Liebe Einwohnerratskolleginnen und -kollegen, liebe Gemeinderätin und Gemeinderäte, Pressevertreter und Gäste. Ich begrüsse sie zur heutigen 460. Sitzung vom 3. April 2017.

Präsenz

Es sind zurzeit 39 Personen des Einwohnerrates anwesend und der Rat ist beschlussfähig. Das einfache Mehr beträgt 20, das 2/3-Mehr 26 Stimmen.

Mitteilungen

- **GR Stephan Löw:** Ich entschuldige mich im Namen des Gemeinderates, weil wir das Postulat Biologische Rasenpflege bis jetzt noch nicht beantwortet haben. Es wurde am 26. Oktober 2015 überwiesen und hätte daher schon lange beantwortet sein sollen. Die Gemeindegärtnerin ist krankheitsbedingt länger ausgefallen, aber der Fehler ist bei uns passiert und dafür entschuldige ich mich. Die Beantwortung erfolgt so schnell als möglich.
- **Zum Geschäft Nr. 3035** Zonenvorschriften Siedlung – Mutation Gefahrenzonen liegt eine Tischvorlage des Gemeinderates auf.

Neue parlamentarische Vorstösse

- Postulat der SP-Fraktion, Hasan Kanber, betreffend „Kinderfreundliche Gemeinde“ vom 21. Februar 2017
- Interpellation der Fraktion der Unabhängigen und Grünen, Benedikt Schmidt, betreffend „Einhaltung Fristen bei der Behandlung von Initiativen“ vom 31. März 2017
- Interpellation der Fraktion der Unabhängigen und Grünen, Petra Ramseier, betreffend „Illegales Deponieren bei Sammelstellen“ vom 31. März 2017
- Interpellation der SVP-Fraktion, Simon Schärer, betreffend „Geschwindigkeitskontrollen“ vom 20. März 2017
- Postulat der SVP-Fraktion, Urs Schneider, betreffend „Einhaltung der Schutzziele auch Tagsüber“ vom 3. April 2017

Bereinigung des Geschäftsverzeichnisses

Mauro Pavan: Schon an der letzten Sitzung wollte ich beantragen, das Geschäft 3029 zurückzuweisen, bis mein Postulat behandelt ist. Weil das Geschäft an die BPK überwiesen wurde, habe ich jedoch darauf verzichtet, weil der Gemeinderat dann noch Zeit zur Beantwortung hat. Der guten Ordnung halber sollte das Postulat 2992 vor den Kindergärten behandelt werden und daher beantrage ich, dass anstelle von Traktandum 2 mein Postulat behandelt wird und die Kindergärten anschliessend als Einheit.

Antrag Mauro Pavan

Abstimmung über den Antrag von Mauro Pavan

://: Der Rat stimmt dem Antrag mit grossem Mehr bei 2 Enthaltungen zu.

Das Büro schlägt vor, das Geschäft 3045 als 16. Traktandum zu behandeln und anschliessend die Geschäfte 3042 und 3043. Es handelt sich um dasselbe Thema und dieselben Sachverhalte; es geht um die Reihenfolge der Abstimmungen.

Abstimmung über das bereinigte Geschäftsverzeichnis

://: Der Rat stimmt dem bereinigten Geschäftsverzeichnis einstimmig zu.

Es gibt keine weiteren Bemerkungen zum Geschäftsverzeichnis und daher wird nach dem bereinigten Geschäftsverzeichnis verfahren.

Beschlüsse

Geschäft Nr. 3047

Ersatzwahl für das Wahlbüro für den Rest der Amtsperiode: Noah Mensch, Unabhängige Pratteln, anstelle von Gertrud Breitingner

Aktenhinweis

- Steckbrief vom 16. März 2017

Es gibt keine weiteren Wahlvorschläge und der Einwohnerrat wählt in stiller Wahl in das Wahlbüro für den Rest der Amtsperiode bis 30. Juni 2020:

://: Noah Mensch, U/G

Geschäft Nr. 2992

Beantwortung Postulat der SP-Fraktion, Mauro Pavan, betreffend „Kindergarten im neuen Verwaltungsgelände“

Aktenhinweis

- Antrag des Gemeinderates vom 6. Februar 2017

GR Rolf Wehrli: Es gibt der schriftlichen Beantwortung nichts mehr beizufügen und wir beantragen dem Einwohnerrat die Abschreibung dieses Postulates.

Diskussion

Mauro Pavan: Ich bin leicht enttäuscht, dass es nicht mehr Resultate gab, aber andererseits freue ich mich, wenn ein Wettbewerb stattfindet und geschaut wird, ob allenfalls ein Kindergarten eingeplant werden kann. Wir wissen ja noch nicht, was bei der Behandlung des anderen Geschäftes das Resultat sein wird. Ich selber bin gespannt und denke nach wie vor, dass ein Kindergarten direkt am Primarschulhaus der richtige Ort ist.

Dieter Schnetzer: Die FDP-Fraktion teilt die Meinung des Gemeinderates und ist ebenfalls für Abschreibung des Postulates. Wir betrachten den Standort bzw. die Kombination von Verwaltung und Kindergarten als eher schlecht geeignet und mit einem problematischen Aussenbereich. Mit Blick auf das gesamte Kindergartensthema wäre dies auch strategisch ungünstig. Der Zeitpunkt, wann eine neue Gemeindeverwaltung stehen wird, ist völlig offen.

Andreas Seiler: Wir haben dieses Thema auch in der BPK besprochen, als wir die Kindergärten behandelt haben. GR Rolf Wehrli hatte seinerzeit Auskunft gegeben und ich war der Meinung, man könne dieses Geschäft anschliessend behandeln und hätte nur eine einzige Diskussion zum Thema, weil hierzu noch ein Rückweisungsantrag vorliegt. Eine inhaltliche Ergänzung: Aus der Diskussion in der BPK ging hervor, dass die Schulleitung dem Vorhaben, den Kindergarten in die Gemeindeverwaltung zu integrieren, weniger positiv gegenübersteht. Man sieht gewisse Probleme mit dem verfügbaren Aussenraum und auch der Lärmbelastung für die Gemeindeangestellten, wenn die Kinder draussen spielen und auch in der Verwaltung will man die Fenster aufmachen.

Benedikt Schmidt: Auch die Fraktion der Unabhängigen und Grünen dankt dem Gemeinderat für die Beantwortung dieses Postulates. Die Antwort ist etwas dünn ausgefallen, wenn man bedenkt, dass es 9 Monate bis zur Beantwortung gedauert hat. Man konnte ja schon in der Baslerzeitung vom 12. Februar nachlesen, dass der Gemeinderat nie wirklich die Absicht hatte, diesen Standort zu evaluieren. GP Stephan Burgunder hat dort gesagt, dass sie es erst nach der Abstimmung über die Grünflächeninitiative und deren Annahme ernsthaft evaluieren würden. Eine Aussage gefällt mir in der Beantwortung: Dort steht, man könne den Kindergarten im Gemeindezentrum einrichten, falls der Wille dazu vorhanden sei. Dieter Schnetzer hat noch angesprochen, dass wir nicht wissen, zu welchem Zeitpunkt das neue Gemeindezentrum kommt. Ich hoffe nicht, dass man dies nicht weiss. Wir haben ja einen Aufgaben- und Finanzplan, der auch für den Gemeinderat eine gewisse Verbindlichkeit hat, vor allem bei den Terminen und dort steht, dass wir ein realisierungsreifes Projekt für ein neues Gemeindezentrum 2018 haben. Der Neubau des Gemeindezentrums ist also zeitlich absehbar.

Abstimmung

Der Rat beschliesst einstimmig:

://: Das Postulat Nr. 2992 wird als erfüllt abgeschrieben.

Geschäft Nr. 3028-3031

Bericht der BPK zu den vier Doppelkindergärten:

- **Sondervorlage Nr. 3028, Bewilligung Baukredit von CHF 2'264'000 für Doppelkindergarten Münchacker, Parzelle Nr. 686**
- **Sondervorlage Nr. 3029, Bewilligung Baukredit von CHF 2'214'000 für Doppelkindergarten Jugendhauswiese, Parzelle Nr. 310**
- **Sondervorlage Nr. 3030, Bewilligung Baukredit von CHF 2'385'000 für Doppelkindergarten Zweien, Parzelle Nr. 426**
- **Sondervorlage Nr. 3031, Bewilligung Baukredit von CHF 2'307'000 für Doppelkindergarten Gehrenacker, Parzelle Nr. 629**

Aktenhinweis

- Bericht der BPK vom 12. März 2017

Dieter Härdi, Abteilungsleiter Bau, Verkehr und Umwelt, steht am Referentenplatz für Fachfragen zur Verfügung und Schulleiterin **Kathrin Schwerzmann** sitzt im Publikum. Der Rat befindet sich in der Direktberatung.

Andreas Seiler als Präsident der BPK: Der Einwohnerrat hat diese vier Geschäfte an die BPK überwiesen und es sind die ersten Geschäfte, die die BPK in dieser Legislatur behandelt hat. Wie dem Bericht zu entnehmen ist, kamen wir zu zwei Sitzungen zusammen. Aus den Fraktionen sind rund 50 Fragen eingegangen und noch einige zusätzlich

aus dem Einwohnerrat. Dies bedeutet, dass unser Bericht hauptsächlich aus Feststellungen besteht bzw. aus Antworten, die uns Gemeinderat und Verwaltung auf die Fragen gaben. Wir konnten diese Geschäfte speditiv behandeln; ich merke an, dass wir nicht unter Zeitdruck standen, sodass die Arbeit seriös erledigt werden konnte. Diese 50 Fragen wurden auf die erste Sitzung von der Verwaltung schriftlich beantwortet und darum spreche ich allen Beteiligten der Verwaltung meinen Dank aus, die Vorlage möglichst bald zu behandeln. Ich verzichte darauf, alle Punkte des Berichtes zu erklären und weise auf zwei Punkte hin, die wichtig sind. Es handelt sich auch um diejenigen Punkte, bei denen es in der BPK zu einer Diskussion kam und bei der Standortwahl auch nicht zu einer Einstimmigkeit. Der Gemeinderat hat uns über die Behandlung des vorherigen Postulates informiert und auch über die Standortevaluation; im Bericht haben wir dies aufgeführt. Die BPK ist mit einer Mehrheit von vier Stimmen zu einer Stimme für die Jugendhauswiese als optimalen Standort für den Kindergarten. Die anderen drei Standorte sind nicht bestritten. Eine Minderheit, wie dem Bericht zu entnehmen ist, zieht eine Lösung im Bereich Gemeindeverwaltung (Grossmattschulhaus oder ehemaliges Piratenschiff) vor. Zur Initiative: Falls die Grünflächeninitiative angenommen wird, ist ein Kindergarten auf der Jugendhauswiese nicht möglich. Die BPK hat den Beschluss daher angepasst und einen Vorbehalt eingebaut. Der Einwohnerrat kann heute Abend den Kredit sprechen unter dem Vorbehalt, dass die Initiative abgelehnt wird. Dies bedeutet, falls am Abstimmungstag ein Nein resultiert, wissen wir, dass man mit dem Kindergarten loslegen kann und nicht erst eine andere Einwohnerratssitzung und einen Beschluss abwarten muss. Dies hilft, ohne Provisorium den Kindergarten rechtzeitig fertigzustellen. Bei einem Ja müsste ein neuer Standort gesucht werden. Dies ist dann Aufgabe der Exekutive, also von Gemeinderat und Verwaltung. Ein wenig verwundert waren wir, dass der Gemeinderat nicht von sich aus die Situation der Vorlagen zur Initiative geklärt und einen entsprechenden Passus eingebaut hat. Mit der BPK haben wir dies also nachgeholt. Ich bitte daher im Namen der BPK, den Anträgen, wie sie am Schluss des Berichtes aufgeführt sind, zuzustimmen, die drei anderen Anträge bleiben unverändert. Zum Rückweisungsantrag als Tischvorlage: Es geht darum, den Kindergarten neben das Grossmattschulhaus zu platzieren. Wenn man ein neues Gebäude neben ein geschütztes Ensemble stellen will, ist dies aus Denkmalschutzgründen nicht möglich. Dies war schon ein Thema in der BPK in der letzten Legislatur, als über das Burggartenschulhaus diskutiert wurde, ob man das bestehende Gebäude abreißen könnte, statt zu sanieren. Diese Problematik müsste Gerd Ruder als Mitglied der SP-Fraktion bewusst sein. Bei Fragen zu unserem Bericht und damit zusammenhängenden Themen stehe ich zur Verfügung.

Gert Ruder: Trotz der doch etwas polemischen Bemerkung des derzeitigen BPK-Präsidenten danke ich im Namen der SP-Fraktion für die schnelle und gute Kommissionsarbeit und den Bericht zu den vier Doppelkindergärten. Die meisten unserer Fragen wurden zur vollen Zufriedenheit beantwortet. Einen Punkt hebe ich besonders positiv hervor: Die BPK macht in Punkt 5 des Berichtes deutlich, dass aufgrund der bestehenden Gesetzeslage behindertengerechtes Bauen klar geregelt ist und keinerlei Kompromisse möglich sind. Zusätzlich stellt die BPK auch klar, dass die Massnahmen des behindertengerechten Bauens keine grosse Kostenrelevanz auf die gesamte Bausumme haben. Die SP-Fraktion sieht lediglich in drei Punkten den Bericht etwas kritisch: 1. Punkt 4.8 „Fotovoltaikanlage auf dem Dach“: Es erscheint dürftig, wenn die Energiestadt Pratteln nur auf dem Kindergarten Zweien eine Fotovoltaikanlage vorsieht und dies lediglich infolge der Kompensationsvorschriften des Energiegesetzes. Wenigstens sind die Dächer statisch genügend dimensioniert, um solche zu tragen. Im grossen Zusammenhang Energiestadt Pratteln wünschen wir uns ein deutlich grösseres Engagement unserer Gemeinde. 2. Wichtigster Punkt für uns, der auch schon Kritik von Andreas Seiler hervorgerufen hat: Wird die Grünflächeninitiative angenommen, ist dieser Standort grundsätzlich infrage gestellt. Die Abstimmung über die Initiative ist noch ausstehend und ich kann ihnen sagen, dass diese Initiative der Grünen und Unabhängigen auch in unserer Partei viele Sympathisanten hat und auch sonst im Dorf - nehme ich an. Bei der Standortwahl werden durch uns Münchacker, Zweien und Gehrenacker als gut beurteilt und nicht angezweifelt. Der Standort für den Kindergarten im Zentrum wurde aber zu wenig

gut abgeklärt, auch wenn der BPK-Präsident sagt, dass es sich um ein geschütztes Ensemble handeln würde. Ich danke übrigens der Verwaltung für die Nachlieferung der etwas besseren Skizze als meine. So hässlich sieht ja die Südansicht gar nicht aus, wenn noch ein Kindergarten daneben steht und ich bin der Meinung, dass unser Rückweisungsantrag zu diesem Geschäft begründet ist. Wenn man neben dem Mönchackerschulhaus einen doppelten Kindergarten aufstellen kann, kann man auch einen doppelten Kindergarten neben das Grossmattschulhaus stellen. Man muss es richtig begründen und in meinem Sinn ist die Begründung das übergeordnete Interesse einer schnellen Realisierung. Wir müssen kein Museumsdorf werden; wir müssen gute und schnelle Lösungen für eine Realisierung haben. Wenn die Grünflächeninitiative angenommen wird, muss es Provisorien geben. Wenn ein Bau beim Grossmattschulhaus möglich ist, braucht es kein Provisorium. 3. Falls es überhaupt einen temporären Kindergarten im Zentrum benötigen würde, wäre von uns gesehen der Grossmattschulhausplatz der richtige Ort und ein Provisorium müsste auch nicht auf der Jugi-Wiese sein. Den Beschlüssen 3028, 3030 und 3031 stimmt die SP-Fraktion zu und ich danke der BKP noch einmal für ihre Arbeit.

Benedikt Schmidt: Auch die Fraktion der Unabhängigen und Grünen dankt der BKP für den sehr schnellen Bericht, der auch viele Fragen beantwortet hat. Es ist klar, dass drei dieser Kindergartenstandorte unbestritten sind und beim vierten Standort ist unbestritten, dass es einen Kindergarten braucht, aber es fragt sich, wo. Daher ist der Rückweisungsantrag der SP sicher eine gute Sache und ein Schritt in die richtige Richtung. Es freut uns auch, dass die BPK den Beschlussantrag geändert hat und damit, im Gegensatz zum Gemeinderat, unsere Initiative zur Kenntnis genommen und gemerkt hat, dass die Initiative möglicherweise Probleme für dieses Projekt darstellen könnte. Die BPK kommt so zu einer realitätsnäheren Beurteilung. Im Bericht der BPK haben wir keine neuen Argumente für den Standort auf der Matte beim Jugendhaus gefunden und es bleibt alles beim Alten. Wir haben die BPK gebeten, den Bericht vorzulegen, den der Gemeinderat für die Standortevaluation hatte. In der Vorlage lässt sich nachlesen, es hätte eine umfassende Standortevaluation gegeben und sie hätte 18 Monate gedauert. Wir hätten gerne diesen Bericht gesehen, was denn genau umfassend evaluiert wurde. Die BPK durfte diesen Bericht nicht sehen. Offenbar sind die Kriterien, wo ein Kindergarten in Pratteln seinen Platz finden soll, Geheimsache, die nur die Gemeinderäte kennen dürfen, der Einwohnerrat aber nicht. Die BPK erhielt eine Liste der Vor- und Nachteile, wie man im Bericht der BPK sieht. Ich glaube nicht, dass dies die umfassende Standortevaluation ist, weil man für diese Liste nicht 18 Monate, sondern 18 Minuten braucht. Ausserdem sind einige Argumente der Standortevaluation komplett veraltet wie die Tiefgarage am Standort des alten Feuerwehrmagazins. Dieses Projekt ist nicht mehr in den Legislaturzielen und dem Aufgaben- und Finanzplan enthalten und solches kann man heute nicht mehr heranziehen. Ein Argument mehr, dass die Standortevaluation nicht wirklich gut gemacht wurde. Die BPK wiederholt auch das Argument, dass Provisorien wahnsinnig teuer seien und bringt wieder die Zahl der halben Million. Ich habe schon an der letzten Sitzung gesagt, dass es günstigere Lösungen gäbe und habe heute noch in Reinach nachgefragt, die auch ein Provisorium für einen Kindergarten erstellen. Dreieinhalb Jahre braucht es dieses und kostet CHF 240'000, was wesentlich billiger ist. Für uns und die Kinder in Pratteln ist wichtig, dass die Matte beim Jugendhaus frei bleibt und es ist nicht einsichtig, warum diese Matte ohne grosse Not zugebaut werden soll. Es gibt Alternativen und der Gemeinderat hat dies in seiner Antwort an Mauro Pavan bestätigt. Ich bitte euch daher, lehnt den Standort Jugiwiese ab; es gibt bessere Lösungen und dann bleibt auch diese Fläche für die Bevölkerung frei.

Andreas Seiler: Zu Benedikt Schmidt und zur Standortwahl: Der Gemeinderat hat uns mündlich Auskunft gegeben über die Standortevaluation und dies ist auch in den Bericht der BPK in Kap. 4.2 eingeflossen. Evaluation heisst, dass man verschiedene Standorte und deren Vor- und Nachteile anschaut und genau dies ist hier vorhanden. Nun weiss ich nicht, was du noch mehr von einer Evaluation erwartest als die Vor- und Nachteile verschiedener Standorte. Zum Provisorium: Dies ist davon abhängig, was man erwartet

und schlussendlich mit einrechnet. Wie lange muss es halten? Muss es 1, 3 oder 10 Jahre halten? Das andere Beispiel ist, ob die Anschlüsse mit eingerechnet sind, Wasser, Strom usw. gezogen werden müssen, oder ob dies schon vorhanden ist und auch noch das Mobiliar dazu vorhanden ist und beispielsweise aus einem anderen Kindergarten übernommen wird. Bei einem zusätzlichen Kindergarten ist dies schwierig und entsprechend sind die Kosten sehr verschieden. Noch weniger wäre es, wenn man sich kurzfristig günstig irgendwo einmieten könnte, was man schwer vorher sehen kann.

Walter Keller: Ich weiss nicht, warum wir so lange darüber diskutieren. In der BPK war jede Fraktion vertreten und wir konnten Fragen stellen, die auch beantwortet wurden. Die FDP-Fraktion dankt der BPK ebenfalls für die vollständige Beantwortung der Fragen. In der Fraktion haben wir die Fragen noch einmal durchbesprochen und sind der Meinung, dass wir den Kindergärten zustimmen mit Ausnahme des Geschäftes 3029, weil hier noch eine Volksabstimmung vorausgehen muss.

Kurt Lanz: Kurz zum Rückweisungsantrag des Kindergartens auf der Jugendhauswiese: Grundsätzlich kann man verschiedene Standpunkte einnehmen, wenn man über die Jugendhauswiese redet. Für mich ist wichtig, dass wir grössere, zusammenhängende und noch der Gemeinde gehörende Grünflächen belassen, wie sie sind, und nicht nutzen, wenn es andere Möglichkeiten gibt. Als die Berufsschau stattgefunden hat, war die gesamte Wiese von Ausstellern belegt und ich gehe davon aus, dass auch die Wirtschaft Interesse an diesem grösseren, zusammenhängendem Land hat, um es für Events und Anlässe zu verwenden. Letztes Mal war die Gewerbeausstellung nicht so, aber auch hier war man froh, die Wiese in unmittelbarer Nähe zum KUSPO zu gebrauchen. Es handelt sich um eine grosse Fläche, die wir im Moment so erhalten müssen, wie sie ist. Schauen wir doch, dass wir späteren Generationen noch etwas im Ortskern geben, dass sie eventuell entwickeln könnten. Wir vergeben uns nichts, wenn wir vom Gemeinderat klar wissen wollen, warum es nicht möglich sein soll, den Kindergarten auf irgendeinen Teil des Grossmattschulhaus-Areales zu realisieren. Wenn wir einfach sagen „Es geht nicht“, nehme ich zur Kenntnis, dass man es gesagt hat und wenn ich nach den Gründen frage, erhalte ich nicht wirklich gute Begründungen, weil es nicht wirklich genau angeschaut wurde, zumindest nicht so, dass man mir gesagt hat, wie genau man es angeschaut hat. Für mich ist dieses Geschäft ein wichtiges Geschäft, weil dieses Geschäft die grosse, offene Fläche um Schloss und KUSPO beeinträchtigt. Darum bitte ich sie, dieses Geschäft noch einmal an den Gemeinderat zurückzuweisen und an der nächsten Sitzung können wir noch einmal darüber diskutieren. Wir können uns dann nicht vorwerfen, wir hätten, nur der Eile gehorchend, einen für die Zukunft schlechten Entscheid getroffen. Darum bitte ich sie, dieses Geschäft noch einmal an den Gemeinderat zurückzusenden.

Benedikt Schmidt: Ich greife auf, dass Kurt Lanz gesagt hat, es eile nicht und aus Drängeln sollen wir nicht einen schlechten Entscheid fällen. In der BPK hätten wir gerne den Originalbericht gehabt, der dem Gemeinderat zur Verfügung stand, als er im Dezember 2014 nach umfassender Standortevaluation den Kindergartenstandort festgesetzt hat. Ich nehme an, der Gemeinderat hat ein schriftliches Dokument gehabt, der die Standortevaluation beschreibt. Genau dieses Dokument hätten wir gerne gehabt, um die Argumente zu sehen. Diese kurze Liste im Bericht der BPK ist für mich nicht eine umfassende Standortevaluation; dieses hier kann man relativ schnell und hopp-hopp erledigen. Es interessieren uns alle Argumente, die bei der Standortevaluation eine Rolle gespielt haben. Auf der Liste der BPK ist der Standort Gemeindezentrum gar nicht enthalten. Zu den Kosten: Manchmal wird es teurer, manchmal billiger. Man muss aber nicht immer die teuerste Variante wählen.

Claude Weisskopf: Wir sind hier seit Längerem am Diskutieren und ich möchte wissen, wie der Gemeinderat zu diesem Geschäft steht. Weiter verdanke ich der BPK den Bericht und die geleistete Arbeit. Zum neuen Standort, siehe farbiges Plänchen: Wir haben zu bedenken, dass die Bauabstände zum und mit dem Kindergarten nicht aufgehen und dies könnte das grösste Problem sein.

GR Rolf Wehrli: Der Gemeinderat bittet sie, den Rückweisungsantrag der SP-Fraktion abzulehnen. Den Antrag dermassen kurzfristig, quasi 5 vor 12 einzureichen, ist für mich persönlich sehr seltsam. Die BPK hat das Geschäft professionell und profund beraten, was sie auch am Bericht sehen und ich selber durfte auch an den Beratungen teilnehmen. Sie hat die 50 Fragen der Fraktionen aufgenommen und beantwortet. Die Frage nach einer Rückweisung wurde damals nicht gestellt und war auch kein Thema. Dass es Gegner und Befürworter dieses Standortes gibt, war schon zu Beginn klar, aber um eine Rückweisung ging es nie. Derselbe Einwohnerrat hat diese Geschäfte der BPK überwiesen und jetzt beschliesst derselbe Einwohnerrat eine Rückweisung und die BPK hat ihre gute Arbeit für die Katze gemacht. Dies kann es nicht sein. Zum Eintreten. Zum Standort äussere ich mich später. Zur Kritik an der Standortevaluation: Es ging nicht hopp-hopp, sonst wäre es nicht seit 2014 in den Beratungen gewesen. Engagierte Personen aus der Schulleitung, den Kindergärten, dem Gemeinderat und der Schulraumplanungskommission usw. haben sich beim Standort etwas überlegt und sind keine dummen Leute und haben sich die Frage des besten Standortes für diese vier Kindergärten vermutlich x-mal gestellt. Dass man aus dem Bericht der BPK abliest, man habe aus der Hüfte geschossen, stimmt leider nicht. Es stecken viel Schweiß und Überzeugungsarbeit dahinter, bis der Standort auf der Jugendhauswiese als bester Standort erkoren wurde. Die Bauabstände sind knapp, die Spielwiese wird nicht angetastet, weil sie von sehr vielen Personen benutzt wird und man geht nicht dorthin, wo geschützte Bäume sind. Den Grossmatt-Schulhausplatz kennen wir alle und auch ich selber als Schulbub. Den kennen wir auch heute noch und im Januar konnte man dort herrlich vier oder fünf Wochen Schlittschuhlaufen. Erklärt das den Leuten, wenn der Platz dort mit einem Kindergarten überbaut ist. Man findet für jeden Standort das passende Argument, um politisch Recht zu haben bzw. was meinen Interessen entspricht und dies kann nicht Politik sein. Man muss die beste Lösung unter den Alternativen finden und das ist jetzt halt die Jugendhauswiese für unsere Kinder, für unseren Nachwuchs, an einem Standort, der etwas weg von Strassen und Lärmbelastung ist. Dass der Gemeinderat Alternativen im Zusammenhang mit der neuen Gemeindeverwaltung bieten muss, muss man aufnehmen und dies ist auch in der Beantwortung des Postulates von Mauro Pavan enthalten. Das Postulat muss man an die Hand nehmen, wenn es dann so weit ist. Der Gemeinderat steht zu seiner Evaluation, es handelt sich um die Entscheide von Fachleuten, die den Standort Jugendhauswiese als den besten bezeichnet haben. Das Grossmattschulhaus ist im Bauinventar des Kantons als kommunal zu schützende Baute aufgeführt. Das dreigeschossige Schulhaus mit ausgebautem Walmdach steht an prominenter Lage nordwestlich des Schlosses. Es handelt sich um ein repräsentatives Jugendstilgebäude, dass es zu schützen gilt. Mit der zurzeit laufenden Revision der Kernzonenplanung, die beim Kanton zur Überprüfung liegt, wird das Grossmattschulhaus im Sinne des Bauinventares kommunal geschützt und die bestehenden Baumalleen um das Schulhaus ebenfalls. Es kann deshalb nicht einfach ein frei stehender Kindergarten, der für einen anderen Standort geplant wurde, hierhin an diesen prominenten Standort verschoben werden. Dies geht schon alleine aus ästhetischen Gründen nicht, weil sich der Neubau in keinsten Weise architektonisch an das Grossmattschulhaus anpasst und ein Gebäudeabstand von lediglich 5 – 7 m zu gering und die Baumallee gegen die Burggartenstrasse mit ihren mächtigen Platanen zu schützen ist. Zwischen dem Schulhaus und der Baumallee ist für die Kindergartenbauten mit den notwendigen Frei- und Spielräumen schlichtweg zu wenig Platz. Der Gemeinderat hat diesen Standort im Vorfeld ebenfalls geprüft und dieser Standort wurde schon sehr früh nicht mehr weiter verfolgt, weil die Platzverhältnisse ungenügend sind und das Ensemble Schulhaus mit den prächtigen Baumalleen erhalten werden soll. Ebenfalls ist es aus Gründen des Denkmalschutzes problematisch, Solitärebauten in diesem Bereich zu erstellen. Darum beantragen wir, dem Rückweisungsantrag nicht zuzustimmen. Zur Fotovoltaikanlage: Da sind wir am Prüfen, ob es bei allen Dächern möglich ist. Dies lässt sich erst im Rahmen der Ausführungsplanung machen und nicht vorher.

Gert Ruder: Wir sind jetzt mitten in der Debatte um die Rückweisung und ich habe erwartet, dass nach dem Geschäftsverzeichnis verfahren wird. Wenn GR Rolf Wehrli

schweres Geschütz auffährt, freut mich dies und es hat mich schon bei manch anderem Geschäft gefreut, weil er sich so stark engagiert. Wenn er den Vorwurf macht, man käme um 5 von 12 mit einer neuen Idee, so ist es 5 vor 12 geworden, weil die gute Idee zur Rückweisung daraus abzulesen ist. Im Bericht der BPK wird drei Mal (Jugendhauswiese, Gottesacker und Schlosswiese) die Nähe zum Grossmattschulhaus plakatiert als wesentlicher Punkt. Was liegt näher beim Grossmattschulhaus? Der Kindergarten gerade neben dem Schulhaus. Die SP-Partei hatte noch eine Sektionsversammlung und wir haben dies auch dort und nicht nur ausschliesslich in der Fraktion besprochen. 5 vor 12, was uns GR Rolf Wehrli zum Vorwurf macht, ist das Ergebnis, weil man den Bericht der BPK gelesen hat, aber nicht feststellen konnte, aus welchen Gründen man die Grossmattschulhaus-Wiese oder den Platz oder das Areal des Piratenschiffes im Ausschlussverfahren beiseite gelassen hat. Zu den geschützten Bäumen nach GR Rolf Wehrli: Ich bitte, bei den Fakten zu bleiben. Die Bäume entlang der Burggartenstrasse befinden sich nicht im Inventar der geschützten Bäume oder dann habe ich keinen aktuellen Plan im Netz gefunden. Die Bäume müssten noch nicht einmal umgehauen werden, man müsste sie im schlimmsten Fall beschneiden. Ich vermisse in diesem Bericht und auch den Erläuterungen des Gemeinderats warum man - als man so lange gebraucht hat - nicht in Betracht gezogen hat, im direkten Umfeld des Grossmattschulhauses eine Lösung zu finden. Ich bitte sie, Kolleginnen und Kollegen, nehmen sie die Möglichkeit wahr, dem Gemeinderat die Chance zu geben, eine Möglichkeit aufzuzeigen, wie der Kindergarten im Grossraum Grossmattschulhaus Platz findet. Ich selber habe den Kindergarten neben das Schulhaus skizziert, weil ich der Meinung war, dass die Umgebung des Schlosses in Zukunft neu gestaltet werden soll. Dann macht sich näher beim Schloss ein Kindergarten wesentlich schlechter als neben einem Schulhaus, dass scheinbar im Inventar der schützenswerten Bauten des Kantons ist. Wenn ihr die Skizze der Bauverwaltung anschaut bzw. die Südansicht, sieht dies so schlimm auch nicht aus und so hässlich erscheint es mir auch nicht. Vorteil ist, dass man eine Lösung hat, mit der man sofort beginnen kann, falls die Grünrauminitiative der Unabhängigen und Grünen abgelehnt wird. Ein Provisorium aus Trotz auf die Jugendhauswiese zu stellen, wie ich schon gehört habe, wäre ein absolutes No-Go. Ich bin der Meinung, falls es ein Provisorium braucht, hat trotz kaltem Winter in den nächsten zwei oder drei Jahren ein Provisorium gut Platz auf dem Schulhausplatz des Grossmattschulhauses. Ich bitte sie daher, wenn es so weit kommt und der Ratspräsident wieder nach der Traktandenliste verfährt, den Rückweisungsantrag zu unterstützen.

GP Stephan Burgunder: Es wurden auch von Gert Ruder sehr viele Fragen gestellt, die man so nicht auf die Schnelle beantworten kann. Daher beantragt der Gemeinderat ein Timeout, damit er das weitere Vorgehen besprechen kann.

://: Der Rat stimmt einem Timeout von 10 Minuten mit grossem Mehr zu.

Fortsetzung der Diskussion

GP Stephan Burgunder: Ich danke für das nicht übliche Timeout und musste mir einige Sachen erklären lassen. Zur Variante, die Gert Ruder vorgeschlagen hat: Man hatte dies tatsächlich in Erwägung gezogen, aber aufgrund der ungenügenden Grenzabstände und des Denkmalschutzes nicht vertieft weiter geprüft, d. h., ich kann keine weiteren Antworten dazu geben. Bei der neuen Gemeindeverwaltung könnte man einen Kindergarten allenfalls vorsehen. Frage ist, ob dies sinnvoll und gewünscht ist und diese Variante haben wir erwähnt. Zum Provisorium beim Grossmattschulhaus: Auch das haben wir noch nicht geprüft, würde aber geprüft, falls die Grünflächeninitiative angenommen wird. Dies waren die Vorbehalte des Gemeinderates und nun liegt es an euch, den Antrag zurückzuweisen oder zu warten, bis das Volk über die Grünflächeninitiative entscheidet. Der Gemeinderat ist klar der Meinung, dass die Jugendhauswiese unter Abwägung aller Aspekte die beste Variante ist.

Mauro Pavan: GR Rolf Wehrli hat früher gesagt, alle Standorte seien fundiert abgeklärt. Dieser jedoch wurde offensichtlich früh fallen gelassen und gerade aus diesem Grund und aus dem, was GP Stephan Burgunder gerade gesagt hat, finde ich, dass es erst recht sinnvoll ist, dem Rückweisungsantrag zustimmen, denn damit lässt sich diese Variante überprüfen. GR Rolf Wehrli hat vorhin gesagt, dass man zu jedem Standort Argumente findet, um politisch Recht zu haben und dies hat GR Rolf Wehrli vorhin gemacht.

Fredi Wiesner: Vorhin wurde erwähnt, dass die Jugendhauswiese für die Berufsschau frei gehalten werden sollte. Die letzte Berufsschau fand 2015 in Pratteln statt, die nächste wird 2019 sein. 2015 hatten wir die Schlosswiese und die Jugendhauswiese wurde nicht mehr gebraucht. Die Schlosswiese wurde benötigt, weil die Berufsschau grösser wurde. Die Jugendhauswiese wird wahrscheinlich nicht mehr für die Berufsschau gebraucht, weil sie weiter weg ist und auch die Aufbauten sehr teuer waren. Es kann also kein Argument sein, die Jugendhauswiese für die Berufsschau frei zu halten. Auch für die Gewerbeausstellung wird die Jugendwiese wahrscheinlich nicht mehr gebraucht, weil die Gewerbeausstellung so weitergeführt werden soll, wie die letzte war und sich bewährt hat. Zur Schlosswiese: betreffend Einstellhalle wurde erwähnt, dass dies in den Legislaturzielen nicht mehr erwähnt sei und somit nicht mehr ein Anliegen der Gemeinde. Es wurde gesagt, dass es nicht sein kann, dass die Gemeinde dort alleine eine Einstellhalle baut, sondern zusammen mit dem Gewerbe in Gemeinschaft. Die Einstellhalle ist nicht weg, sondern die Schlosswiese könnte für diese gebraucht werden.

Andreas Seiler: Fredi Wiesner hat einige Sachen erwähnt, die ich auch erwähnen wollte. Wenn man den gesamten Dorfkern anschaut, glaube ich nicht, dass es ein historischer Fehler ist, wenn man auf einem Teil der Jugendhauswiese einen Kindergarten erstellt. Die BPK ist mehrheitlich nicht dieser Meinung. Auf dem alten Friedhof ist eine Grünfläche und die BPK schreibt ja in ihrem Bericht, dass sie den Gemeinderat auffordert, diese möglichst schnell benutzbar zu machen. Dass man ehemalige Friedhöfe für vielfältige Zwecke benutzen kann, sieht man beispielsweise in Basel beim Kannenfeldpark. Für Ausstellungen haben wir ja den Platz beim alten Feuerwehrmagazin und es ist Platz vorhanden, den es früher so nicht gab. Zur Standortabklärung im BPK-Bericht in Kap. 4.2: Dort fehlt die Gemeindeverwaltung, was daran liegt, dass damals die Gemeindeverwaltung noch an der Bahnhofstrasse vorgesehen war, diese für einen Kindergarten nicht vorgesehen war und auch verkehrstechnisch ungünstig. Der im Rückweisungsantrag geforderte Standort passt wegen den Gebäudeabständen und den zu fällenden Bäumen nicht. Dies wurde in der Diskussion verschiedentlich so gesagt und es wundert mich, dass Links-Grün Bäume fällen oder eventuell halb wegschneiden will. Darum hat die Mehrheit der BPK sich für die Jugendhauswiese ausgesprochen und mit unserem Beschlussantrag, dem ihr zustimmen sollt, wenn der Rückweisungsantrag abgelehnt wird, liegt schlussendlich der politische Entscheid Kindergarten bauen Ja oder Nein beim Volk, das im Mai entscheiden kann. Wir haben dann entweder eine zeitnahe Lösung ohne Provisorium auf der Jugendhauswiese oder, falls die Initiative angenommen wird, wird man sowieso neu schauen müssen. Es ist nicht sinnvoll, heute dem Volksentscheid vorzugreifen und später ein Provisorium zu bezahlen, unabhängig, ob es nun CHF 200'000 oder CHF 300'000 kostet. Dies braucht es nicht, wenn wir den Anträgen der BPK heute zustimmen mit dem Vorbehalt für Geschäft 3029.

Kurt Lanz: Ich habe ja erklärt, dass ich das Geschäft gerne an den Gemeinderat zurückweisen würde und so schnell lasse ich nicht locker. Wenn man nun sagt, man wolle den Volksentscheid nicht vorwegnehmen, kann ich es umgekehrt ausdrücken und sagen, man wolle dem Volk vorenthalten, was andere Abklärungen auch noch ergaben. Ich persönlich sehe es so. Gert Ruder hat schon gesagt, dass die Bäume nicht gefällt werden müssten, was auch die Aussagen der Gärtner sind, die die Bäume schneiden. Ich habe bewusst nicht vom Dorfkern geredet, sondern von einer zusammenhängenden Fläche. Natürlich brauchen weder Berufsschau noch Gewerbeschau diesen Platz, seit das Feuerwehrmagazin frei ist. Es gibt dann aber auch keine massiven Vergrösserungsmöglichkeiten mehr für genau diese Organisationen. Zu GR Rolf Wehrli und der

Kurzfristigkeit der Vorlage: Der Gemeinderat hat sich offensichtlich 18 Monate Zeit gelassen und wir haben höchstens drei Monate Zeit, uns Gedanken zu machen. Eine Rückweisung würde auch die Frage erfüllen, die ich als nichtbeantwortet von der SVP gehört habe, nämlich die Geschichte mit den Abständen, die wahrscheinlich zu klein sind. Wahrscheinlich heisst für mich, dass es auch passen könnte. Darum möchte ich, dass alles seriös abgeklärt wird und beim Denkmalschutz bin ich nicht ganz schlau geworden: Ist es nun ein Objekt, das unter Denkmalschutz steht, oder ist es eines, das in Erwägung gezogen wird, zu schützen? Dann wird mit Denkmalschutz operiert, obwohl es nicht unter Schutz steht. Antworten dazu möchte ich auf das nächste Mal und dies wäre in nützlicher Frist zu erledigen. Darum bitte ich sie, dieses Geschäft an den Gemeinderat zurückzuweisen und gegen die anderen drei Kindergärten gibt es nichts zu sagen.

Petra Ramseier: Zum Rückweisungsantrag: Auch wir waren genauso überrascht vom Rückweisungsantrag und wussten nichts davon. Wir können uns vorstellen, noch einige Varianten anzuschauen. Ich selber finde das Plätzchen gerade neben dem Schulhaus eine Möglichkeit, sehe aber auch noch andere auf dem gesamten Areal inklusive Piratenschiff und Gebiet der Gemeindeverwaltung. Als Provisorium könnte man noch die Schlosswiese oder das Areal des Ex-Feuerwehrmagazins in Betracht ziehen. Zu den geschützten Bäumen: Auch die Bäume auf der Jugendhauswiese sind genau gleich geschützt wie diejenigen beim Schulhaus. Ob man nun die einen oder die anderen meint, ist kein Unterschied.

Andreas Moldovanyi: Bei der Diskussion zum Rückweisungsantrag sind neue Argumente aufgetaucht, die bis jetzt nicht bekannt waren wie Denkmalschutz, alte Bäume usw. Benedikt Schmidt hat für mich klar aufgezeigt, dass er die Standortanalyse sehen will und auch das Recht dazu hat. Ich zitiere: „Das Öffentlichkeitsprinzip beinhaltet die Pflicht der öffentlichen Organe zum aktiven Informieren über Angelegenheiten von allgemeinem Interesse sowie zur reaktiven Herausgabe von Informationen auf ein entsprechendes Zulassungsgesuch“. Ich schliesse mich dem Zulassungsgesuch an und bin der Ansicht, dass die weitere Diskussion hier obsolet ist.

Erich Schwob: Viele wissen, dass ich 12 Jahre lang Schulhausabwart im Schulhaus Aegelmatt war. Einen Kindergarten neben ein Schulhaus zu stellen bringt nach meiner Erfahrung nichts, genauso, wenn man es neben die Gemeindeverwaltung stellt, auch wenn Mauro Pavan jetzt den Kopf schüttelt, das hat er vorhin auch schon gemacht. Auch wenn die meisten Lehrer Grün oder SP sind, sind es diejenigen, die über die Kindergärtler geschimpft haben, weil sie auf der Wiese Richtung Dorf gespielt haben zu anderen Zeiten als die Schüler. Die Lehrer haben dies nicht vertragen und gesagt „Meine Schüler können nicht lernen“. Genau das Gleiche wird auch neben der Verwaltung sein. Wir müssen vom Schulhaus weg und die Kinder müssen einen eigenen Spielplatz haben.

Christoph Pfirter: Wir diskutieren schon lange über den Kindergartenstandort und ich glaube dem Gemeinderat, dass er wirklich nachgedacht hat bei der Auswahl des Standortes. Wir diskutieren grundsätzlich wegen einigen Quadratmetern Grünfläche. Wir haben früher zugestimmt, dass Pratteln wachsen will und soll. Die Zahlen sind, zur Erinnerung heraus gesagt, 2'000 – 3'000 Einwohner mehr mit den Hochhäusern, die wir erstellt haben und die noch kommen werden. Wir haben keinen einzigen Quadratmeter Land wie Landwirtschaftsflächen oder Grünflächen dafür verbaut. Dies bringen nicht viele Gemeinden fertig und ich kenne Gemeinden, die hektarenweise Land für ein Paar hundert Einwohner eingezont haben. Wenn wir wachsen wollen, müssen wir irgendwann Land verbrauchen, sonst sollten wir nicht wachsen wollen. Wir können jedes Mal über einen Bau diskutieren, der uns nicht passt, und wenn ihr im Grünen wohnen wollt, müsst ihr im Jura wohnen, wo es aber nicht so attraktive Arbeitsplätze gibt. Man kann nicht alles haben und ich erinnere an den Batzen und das Weggli und beides zusammen geht nicht und genau das wollen einige Leute hier drinnen.

Rolf Hohler: Es wird viel geredet, die Meinungen sind gemacht und ich rede nun für mich und nicht für die Fraktion. Ich kann dem Rückweisungsantrag zeitweise folgen, und zwar, weil ich dem Gemeinderat nicht traue - ich war in der ersten BPK-Sitzung dabei. Für mich gibt es folgende Gründe: Es wäre eine Variante zu prüfen, die, nicht wie hier eingezeichnet, weiter vom Schulhaus entfernt ist und nicht so nahe zum Bau mit dem Satteldach kommt. Wenn wir jetzt zurückweisen, hat der Gemeinderat rund sechs Wochen Zeit bis zur nächsten Einwohnerratssitzung und wenn er Gas gibt, was er machen will, ist es sicher möglich, uns hierzu eine Variante vorzulegen. Dies hat nichts damit zu tun, ob die Grünflächeninitiative angenommen oder abgelehnt wird und falls sie angenommen wird, hätten wir schon einen Planungsvorsprung, den wir nutzen und auf Provisorien verzichten können. Weiter stelle ich den Antrag auf Schliessung der Rednerliste, weil die Meinungen grundsätzlich gemacht sind. *Antrag Rolf Hohler*

Schliessung der Rednerliste bedeutet, dass noch die auf der Rednerliste aufgeführten Personen zu Wort kommen; es gibt keine neuen Personen mehr auf der Rednerliste.

Abstimmung zur Schliessung der Rednerliste

Der Rat beschliesst mit 34 Ja zu 2 Nein bei 3 Enthaltungen:

://: Die Rednerliste wird geschlossen.

Fortsetzung der Diskussion gemäss Rednerliste

Gert Ruder: Ich bedanke mich beim Gemeinderat. Wir haben heute eine Premiere erlebt, nämlich ein Timeout des Gemeinderates und er ist mit Antworten zurückgekommen, die mich etwas erstaunt und eine neue Dimension eröffnet haben. Die Umgebung Grossmattschulhaus wurde in dem Sinn nicht überprüft, wie wir es gerne hätten und es wurde auch nicht geprüft, wo ein allfälliges Provisorium zu stehen käme. Für die Offenheit des Gemeinderates bedanke ich mich herzlich und bitte sie, ziehen sie dies auch in ihre Überlegungen ein, wenn sie über den Rückweisungsantrag abstimmen. Ich danke auch Rolf Hohler, der sich zur Sache, den Chancen und Möglichkeiten geäussert hat und dessen Ausführungen ganz in meinem Sinn sind. Zu Erich Schwob: Ich hoffe nicht, dass du eine grosse Unterstützung in deiner Theorie erhältst, dass ein Kindergarten nicht neben ein Schulhaus gehöre. In der Konsequenz müsste man den Doppelkindergarten Münchacker ablehnen und die Kindergärten beim Längischulhaus schliessen. Dies ist nicht sinnstiftend und kann nicht die Lösung sein. Werfen sie bitte das, was Erich Schwob als Abwart beim Schulhaus Aegelmatt erlebt hat, nicht in die Waagschale, wenn sie zu einem Entscheid kommen. Die Konsequenzen wären ja verheerend, wenn man das Münchacker-Geschäft auch noch abschiessen und in der Längi andere Lösungen für die schon bestehenden Kindergärten finden müsste. Ich bitte sie, den Rückweisungsantrag zu unterstützen.

Christine Weiss-Rufer: Ich bin Primarlehrerin an einem anderen Standort in Baselland und wir Unterstufenlehrerinnen und -lehrer verstehen uns als Einheit mit dem Kindergarten und wir arbeiten zusammen. Im Gebäude sind zwei Kindergärten integriert und ihren Spielplatz haben sie auf derselben Seite wie wir die Fenster. Ich kann arbeiten und meine Schüler auch. Manchmal sagen wir „Heute spielen sie wieder“ aber es geht. Eine Zusammenarbeit von Kindergarten und Primarschule ist heutzutage das Normale.

GR Rolf Wehrli: Die heutige Diskussion zeigt mir auf, dass uns unsere Kindergärten und ein guter Standort sehr am Herzen liegen. Mauro Pavan hat gesagt, ich wolle heute politisch recht haben. Da hat er recht. Ich nehme nicht an, dass er mich gewählt hat, aber das Volk erwartet von einem Gemeinderat nicht einen überstürzten Antrag. Das Volk erwartet, dass der Gemeinderat prüft, mit Überzeugung antritt und sagt, dass dies der

beste Standort sei. Vom Rückweisungsantrag, den wir jetzt behandeln, habe ich heute Nachmittag um 15.30 Uhr erfahren. Wenn ich so politisieren würde, würde ich jeden Monat vom Einwohnerrat die rote Karte erhalten. Man muss dazu stehen und sagen, dass es wirklich die beste Lösung ist. Ich kann gut über meinen Schatten springen, aber ich habe Freude, wenn wir einen tollen Kindergarten am richtigen Standort haben. Ich sage noch einmal, dass der Gemeinderat überzeugt ist, dass die Jugendhauswiese der beste Standort ist. Wenn der Gemeinderat gewisse Sachverhalte nicht im Detail überprüft, haben dies Fachleute schon im Voraus gemacht und festgestellt, dass es dort nichts ist und dies war beim Grossmattschulhaus so. Darum trete ich für den Standort Jugendhauswiese nach wie vor ein und stimmen sie dem Rückweisungsantrag nicht zu.

Abstimmung über den Rückweisungsantrag

://: Der Rückweisungsantrag zum Geschäft Nr. 3029 der SP-Fraktion, Gert Ruder, wird mit 19 Ja und 19 Nein bei 1 Enthaltung mit Stichentscheid des Präsidenten abgelehnt.

Abstimmung über die Beschlüsse bzw. Anträge der BPK

Der Rat beschliesst mit 38 Ja bei 1 Enthaltung:

://: 1. Der Baukredit von CHF 2'264'000 (inkl. höchstem Maluszuschlag) für die Erstellung eines Doppelkindergartens auf Parzelle 686, Münchacker, wird genehmigt.

Der Rat beschliesst mit 19 Ja zu 15 Nein bei 5 Enthaltungen:

://: 2. Der Baukredit von CHF 2'214'000 (inkl. höchstem Maluszuschlag) für die Erstellung eines Doppelkindergartens auf Parzelle 310, Jugendhauswiese, wird unter Vorbehalt einer Annahme der nichtformulierten Initiative „Grünflächen in Wohngebieten frei halten“ durch die Stimmbürger genehmigt.

Der Rat beschliesst mit 38 Ja bei 1 Enthaltung:

://: 3. Der Baukredit von CHF 2'385'000 (inkl. höchstem Maluszuschlag) für die Erstellung eines Doppelkindergartens auf Parzelle 426, Zweien, wird genehmigt.

Der Rat beschliesst mit 38 Ja bei 1 Enthaltung:

://: 4. Der Baukredit von CHF 2'307'000 (inkl. höchstem Maluszuschlag) für die Erstellung eines Doppelkindergartens auf Parzelle 629, Gehrenacker, wird genehmigt.

Die Beschlüsse 1. - 4. unterliegen dem fakultativen Referendum. Ablauf der Referendumsfrist: 8. Mai 2017.

Es sind nun 38 Personen des Einwohnerrates anwesend. Das einfache Mehr beträgt 20, das 2/3-Mehr 26 Stimmen.

Geschäft Nr. 2912

Bericht und Antrag der Spezialkommission betreffend „Überprüfung Parkierungsreglement“ – 1. Lesung

Aktenhinweis

- Bericht der Spezialkommission zur Überprüfung des Parkierungsreglements vom 26. Februar 2017

Simone Schaub als Präsidentin der Spezialkommission nimmt auf dem Referentenplatz platz. Vor fast einem Jahr wurde der Antrag der damaligen Spezialkommission auf Verabschiedung des Parkierungsreglements zurückgewiesen und es wurde eine 9er-Kommission zusammengestellt, die aufgrund der Wahlen wieder teilweise angepasst wurde. Wir haben in sieben Sitzungen sehr viele Themen beraten. Der Bericht ist relativ kurz gehalten und daher gibt es zu einigen Punkten noch Zusatzinformationen. Neue Zonenregelung: Neu gibt es eine Zone III, die flexibler zu handhaben und nicht zwingend bewirtschaftet ist. In der Synopse steht, dass die öffentlichen Parkplätze eingezeichnet sind, was in der vorliegenden Ausgabe nicht der Fall ist, aber für die 2. Lesung gemacht wird. Wir haben lange über die Grenze diskutiert und innerhalb der Kommission darüber abgestimmt. Ein Gedanke war auch, die Grenze an die Muttenzerstrasse zu legen, wovon wir abkamen, weil wir davon ausgingen, dass, je näher man am Dorfzentrum ist, die Möglichkeit besteht, innerhalb der anderen Wohnquartiere Parkplätze zu suchen und die Anwohner entsprechend noch weniger Parkplätze haben. Darum wurde die Wartenbergstrasse als Grenze festgelegt. Zur Kostenübersicht: Wir wollten aufzeigen, was wir bis jetzt ausgegeben haben, was noch geplant war, wenn es weitergegangen wäre wie in der damaligen Vorlage des Gemeinderates und was es kosten würde, wenn unseren Anpassungen zugestimmt wird. Dies enthält natürlich auch gewisse Demarkierungen in der im Plan blau markierten Zone und dazu gehören auch neue oder angepasste Signalisationen. Ich danke allen Kommissionsmitgliedern und der Verwaltung, die uns extrem viele Fragen beantworten musste und viel Zeit auch in Pläne, die Kostenübersicht usw. investieren musste.

Urs Baumann: Ich danke der Spezialkommission für ihre Arbeit. Das vorliegende Geschäft ist das Beste, das wir bis jetzt hierzu hatten. Trotzdem stelle ich im Namen der Fraktion den Antrag, die Grenze der Zone III, also die blau eingezeichnete, an die Muttenzerstrasse zu verlegen. Diese wäre dann neu ab der Einmündung Wartenbergstrasse entlang Muttenzerstrasse – Hauptstrasse – Oberemattstrasse bis zur Einmündung der Hauptstrasse (Lindlikreuzung). Begründung: Der Dorfkern ist sehr dicht bebaut und es gibt sehr viele Mietwohnungen. Was wir nicht haben, sind Parkplätze. Bis jetzt war nie ein Thema, dass im Dorfkern irgendwelche Leute, die in Pratteln arbeiten, Parkplätze vollstellen. Dies habe ich noch nie erlebt und wohne mitten im Kuchen. Wenn wir die Zone III so belassen, wie in der Vorlage, fallen sehr viele Parkplätze im Dorfkern weg und die Autos sind deswegen ja nicht verschwunden. Dies heisst, man muss irgendwo einen Parkplatz suchen und dies kann es auch nicht sein. Warum muss man etwas ändern, das gut funktioniert und eingespielt ist? Dafür gibt es keinen Grund und darum mache ich beliebt, die Zone III Richtung Norden bis an die Muttenzerstrasse – Oberemattstrasse – Hauptstrasse zu verschieben.

Antrag Urs Baumann

Mauro Pavan: Ich rede grundsätzlich zum Eintreten, d. h. eingetreten sind wir schon dadurch, dass wir das Geschäft einer Spezialkommission überwiesen haben. Ich hoffe, dass wir sagen können „Was lange währt, wird endlich gut“. Lang ist es gegangen, Simone Schaub hat es schon angetönt, und die Zusammensetzung der Kommission hat sich mehrfach geändert. Es ist nicht ganz ironiefrei, dass das, was hier vor uns liegt, wieder sehr nahe an der ursprünglichen Vorlage ist, die der Gemeinderat früher präsentiert hat. Wir haben sie schon damals für gut befunden und es lag auch nicht an unserer Fraktion, dass wir so lange provisorisch markierte Parkfelder hatten, statt definitiv markierten. Darum erstaunt, dass nun ausgerechnet von der FDP hierzu eine Frage einge-

reicht wurde, aber Urs Baumann war seinerzeit noch nicht im Einwohnerrat. Wir finden die Vorlage, so wie sie hier ist, gut und ich bitte sie, den Antrag der FDP-Fraktion abzulehnen. Es hat gute Gründe, dass die Spezialkommission zum Schluss kam, die Zone III so zu legen und wir werden der Vorlage so zustimmen.

Christoph Zwahlen: Ich begründe, warum ich ihnen ans Herz lege, den Antrag von Urs Baumann abzulehnen. Wir sind in der Spezialkommission Strasse für Strasse durchgegangen und Ariane Liebrich ist in jeder Strasse von Haus zu Haus gegangen und hat mit den Leuten geredet. Hauptproblem war, dass in gewissen Quartieren die Anwohner eine Begrenzung wünschen und auch Markierungen. Es gibt aber auch Strassen, in denen es die Leute nicht wollen und was hier in der Vorlage ist, stellt einen Kompromiss dar, um möglichst vielen Anwohnern entgegenzukommen. Was ich an diesem Antrag nicht verstehe: Im Moment gibt es ja gar keine blaue Zone, also kann es doch keine Verschlechterung sein. Jetzt gibt man im Süden Quartiere frei, in denen wir gesehen haben, dass man mit gutem Gewissen auf eine Einschränkung verzichten kann, weil die Gefahr gering ist, dass vollparkiert wird. Wenn wir weiter unten mehr freigeben, sind dies Strassen, bei denen wir bei diesem Prozess das Gefühl hatten, dass die Gefahr von Pendlerparkplätzen oder noch stärker von Angestelltenparkplatz-Suchenden - dies beruht auf der Anzahl der Parkkarten, die Strasse für Strasse verlangt wurden - die Situation dort schlechter wird, wenn man die Begrenzung aufhebt. Man kann es sehen, wie man will, aber ich als Mitglied dieser Kommission habe das Gefühl, dass wir mit dieser blauen Zone III das Optimum erreicht haben im Sinne der Anwohner der einzelnen Strassen. Die FDP hat den Antrag für eine blaue Zone vehement eingebracht und die FDP war in der Kommission vertreten. Mich persönlich stört dieser Antrag. Dass die rote Zone im Osten bis dorthin geht, hängt auch mit den Angestelltenparkkarten zusammen, und dass beim Erli rot ist, hängt mit der Situation der Schulhäuser zusammen. Wenn man alles frei gibt, hat man nachher Probleme beispielsweise mit einer Ungleichbehandlung der Lehrerschaft des Erlischulhauses mit dem Rest der Schulhäuser. Beachten sie dieses bitte, ob sie dem Antrag Folge leisten wollen oder nicht.

Urs Baumann: Wenn Ariane Liebrich sagt, sie sei von Haus zu Haus gegangen und sie sagt dies in dieser Kommission, dann stimmt dies ganz einfach nicht. Sie ist nicht von Haus zu Haus gegangen. Wir haben telefoniert und sie hat gesagt, dass sie ihre Leute ausgeschiedet hat, aber was sie genau gemacht haben, weiss sie nicht. Ich wohne in diesem Quartier, bin vom neuen Reglement direkt betroffen und mit mir hat nie jemand von der Gemeindepolizei geredet. Wenn es so in die Kommission getragen wird, dass man mit allen Anwohnern geredet habe und die Anwohner dafür sind, dass es kommt, wie hier vorgeschlagen, dann stimmt dies einfach nicht.

Dieter Schnetzer: Ich breche hier eine Lanze für die Kommissionsmehrheit. Ich gehöre dazu und auch zur FDP-Fraktion – dort bin ich in der Minderheit. Wir hatten teilweise schwierige Diskussionen und mussten immer wieder an den Ausgangspunkt zurück, weil immer wieder Neues dazukam und am Ende ein Ringen um jede Strasse stattfand, was nun die beste oder möglichst wenig schlechteste Lösung ist, denn die perfekte Lösung gibt es hier nicht. Der Grund, warum die Mehrheit der Kommission beschloss, die Wartenbergstrasse als Grenze zu nehmen, ist einfach. Wenn man auf der Wartenbergstrasse, die teilweise sehr eng ist, auch durchs Parkieren, und durch die der Bus fährt, die Zone Blau einrichtet, heisst dies faktisch, dass man frei Parkieren kann und dies geht in dieser Strasse nicht. Logisch ist aber auch, dass es einzelne Personen gibt, die lieber dies hätten. Es ist klar, dass nicht Ariane Liebrich überall persönlich vorbeigegangen ist. Es ist aber auch nicht wahr, dass dies nicht stattgefunden hat. Vielleicht nicht bei dir, aber bei uns im Quartier hat es stattgefunden. Mit einer Delegation der Gemeinde und Anwohnern und ist man die Strasse abgescritten. Ich weiss nicht, wie es sonst in der Quartieren war. Ich bitte darum, die Arbeit der Kommissionsmehrheit in der 1. Lesung zu akzeptieren; das letzte Wort ist noch nicht gesprochen.

Mauro Pavan: Ich bitte den Einwohnerrat inständig, nicht an dieser Zone herum zuschrauben. Wir haben sehr lange Zonen verschoben, undefiniert, Unterkommissionen eingesetzt. Im Sinn von Rechtssicherheit und Transparenz und damit man die Besucherparkkarte, die nötig ist - was nun auch die Spezialkommission eingesehen hat - endlich einführen kann, bitte ich euch, dem hier vorliegenden Vorschlag, der eine Mehrheit gefunden hat und an dem alle Fraktionen beteiligt waren, durchzuwinken. Wenn die Erfahrung zeigt, dass es Probleme gibt und dies nicht das Optimum ist, kann man in einem oder zwei Jahren einen Antrag stellen, das Reglement zu ändern, die Zone umzudefinieren. Das Reglement ist ja nicht in Stein gemeisselt. Wenn man direkt und persönlich betroffen ist, geht man eher in den Ausstand, als sich explizit dazu zu äussern.

Andreas Seiler: Ich war auch in der dritten Ausgabe dieser Kommission, die diesen Bericht verfasst hat. Wir haben sehr intensiv diskutiert, eine neue Zone eingefügt und die neue Besucherparkkarte. Diese wurde von uns nie grundsätzlich bestritten, sondern wir wollten eine Zone, in der diese drei Stunden nicht gelten. Wir haben nun eine gute Lösung und ich und auch eine Mehrheit meiner Fraktion sind der Meinung, dass es aber nicht die optimale Lösung ist, wie Christoph Zwahlen vorhin gesagt hat. Die rote und blaue Zone bzw. die Zonen I und III haben nichts mit dem Markieren der Parkplätze zu tun. Es geht nur darum, wo die Dreistundenbegrenzung gilt und wo zeitlich frei ist. Das Markieren der Parkplätze bzw. Nichtparkplätze ist nicht im Reglement geregelt und Aufgabe der Exekutive, also des Gemeinderates. Die Kommission hat, wie vorhin schon gesagt, Strasse für Strasse durchdiskutiert und dem Gemeinderat eine Empfehlung abgegeben, wie sie es machen würde. Ich gehe davon aus, dass der Gemeinderat entsprechende Anpassungen vornehmen wird, was bei den Kosten unter Demarkieren aufgeführt ist. Ein kritischer Punkt ist, wo die Grenze zwischen roter und blauer Zone gezogen wird. Die Kommission hat sich nun für eine Variante entschieden, bei der etwas mehr geregelt wird. Ich und eine Mehrheit meiner Fraktion sind der Meinung, man solle eher etwas weniger regeln und man könne später immer noch mehr machen. Der Antrag von Urs Baumann sagt ja, dass man die Grenze von der Gempenstrasse bis zur Kreuzung Lindli nordwärts verschiebt auf die Oberemattstrasse – Hauptstrasse – Muttenzerstrasse. Dies ist ja eine Tempo-50-Zone und hat den Vorteil, dass bei der Einfahrt in die Tempo-30-Zone eine einheitliche Parkregelung hat und nicht noch zusätzliche Schilder in diesem Bereich braucht. Im Erli hat dies keinen Einfluss und es bleibt, wie von der Kommission vorgeschlagen. Ich halte dies für eine gute Lösung und empfehle zuzustimmen und es sollte dieses Geschäft auch nicht weiter verzögern. Wir stimmen ab, dann heisst es Ja oder Nein und wir wissen, wo die Grenze der Zone ist. Den Rest der Vorlage genehmigen wir wie vorgeschlagen. Dann liegt eine saubere Lösung vor, was das Reglement anbelangt.

Abstimmung über den Antrag von Urs Baumann

://: Der Rat lehnt den Antrag mit 27 Nein zu 8 Ja bei 3 Enthaltungen ab.

Lesung

- § 2 Parkierungszonen
- § 3 Parkierungszone I
- § 4^{bis} Parkierungszone III (neu)
- § 11 Anwohnerparkingkarten
- § 11^{bis} Besucherparkingkarten (neu)
- § 16^{bis} Missbrauchsverbot (neu)

Zu den §§ 2 bis 16 gibt es keine Wortmeldungen und die 1. Lesung ist beendet.

Geschäft Nr. 3035

Zonenvorschriften Siedlung – Mutation Gefahrenzonen – 2. Lesung

Aktenhinweis

- Antrag des Gemeinderats vom 10. Januar 2017
- Änderungsantrag des Gemeinderats für die 2. Lesung vom 31. März 2017

Dieter Härdi, Abteilungsleiter Bau, Verkehr und Umwelt hat auf dem Referentenplatz genommen und steht für Fachauskünfte zur Verfügung.

GP Stephan Burgunder: Auf Anfrage von Benedikt Schmidt hat Dieter Härdi bezüglich den Jährlichkeiten von Hochwassern bei Kanton und Gebäudeversicherung nachgefragt. Die Recherchen haben ergeben, dass im neuen, seit Mitte März 2017 rechtskräftigen „Gesetz über die Prävention vor Schäden durch Brand- und gravitative Naturgefahren“ die Schutzziele neu mit einer Wiederkehrperiode bis 100 Jahren definiert sind (§ 10) und somit stimmen kantonales Gesetz und der Reglementstext der Gemeinde nicht mehr überein. Darum hat der Gemeinderat die beiden Änderungsanträge vorgelegt. Der Text zu 33.2 Gefahrenzone Überschwemmung lautet also neu: „*Bauten und haustechnische Anlagen sind so zu bauen, dass sie durch mögliche Hochwasserereignisse von ~~geringer mittlerer Eintretenswahrscheinlichkeit (Jährlichkeit 100 bis 300 Jahre)~~ (Jährlichkeit 100 Jahre) und...* (unverändert)“. Sinngemäss gilt dies auch für Bauten, die ebenfalls auf ein 100-jähriges Hochwasser auszurichten sind und nicht auf ein 300-jähriges. Warum ist dies so? Der Landrat hat das oben erwähnte Gesetz am 12. Januar 2017 verabschiedet und nach Ablauf der unbenutzten Referendumsfrist hat die Landeskantlei das neue Gesetz als rechtskräftig erklärt und das Gesetz wird per 1. Januar 2018 definitiv im Kraft treten. Unsere Vorlage war in der kantonalen Vorprüfung und auch der Kanton hat uns nicht darauf aufmerksam gemacht, dass in diesem Bereich noch etwas hängig ist. Punkt 1: Es handelt sich um eine Verbesserung für die Grundeigentümer. Punkt 2: Die Gefahrenkarte muss nicht angepasst werden. Wir haben einerseits die gelbe breite Zone für ein 300-jähriges Ereignis und die blaue, kleinere Zone für ein 100-jähriges Ereignis. D. h. ein Baugesuch bzw. die entsprechenden Bauten müssen nun auf ein 100-jähriges Ereignis ausgerichtet werden und nicht mehr auf die breitere Zone für das 300-jährige. Selbstverständlich, wenn man Neu- oder Umbauten im Gebiet des 300-jährigen Ereignisses erstellt, wird man auch dort schauen, dass beispielsweise die Lichtschächte des Kellers angehoben sind und gewisse Massnahmen ergreift, um Schäden zu vermeiden. Es handelt sich also um eine Verbesserung des Ganzen zugunsten der Bauherrschaft.

Benedikt Schmidt: Ich danke GP Stephan Burgunder und Dieter Härdi für die Abklärungen und Änderungen. Ich habe mich letztes Mal skeptisch geäussert, was den Vollzug dieser Vorschriften angeht. Ich bitte den Gemeinderat, den Vollzug auch mit Augenmass durchzuführen. Ein Beispiel: Das Garderobengebäude auf der Hexmatt, das jetzt gebaut wird, liegt in einer Gefahrenzone, mittlere Gefahrenzone, wenn ich mich richtig erinnere. Wenn man es neu bauen würde, müsste man sich jetzt überlegen, welche Hochwasserschutzmassnahmen man ergreifen will. Da gibt es gute und schlechte Lösungen und der Amtsschimmel darf nicht allzu aktiv werden.

Christoph Pfirter: Ich habe mit der Rechnung der Gebäudeversicherung ein Schreiben erhalten und andere Personen vermutlich auch, in dem es heisst: „Am 12. Januar 2017 hat der Landrat das Gesetz über die Prävention vor Schäden durch Brand- und gravitative Naturgefahren beschlossen“. Haben wir hierin überhaupt etwas zu diskutieren dazu?

Dieter Härdi: Die Frage ist nicht unberechtigt. Wir haben auch das Bauinspektorat, das das neue Gesetz durchsetzen muss und gleichzeitig wird auch die Gebäudeversicherung in Pflicht genommen, diese Massnahmen durchzusetzen.

2. Lesung

Zonenreglement Siedlung:

33.1 Allgemeine Bestimmungen

33.2 Gefahrenzone Überschwemmung

33.3 Gefahrenzone Rutschung

Teilzonenreglement Zentrum:

Allgemeine Bestimmungen

Gefahrenzone Überschwemmung

Es gibt es keine Wortmeldungen und die 2. Lesung ist abgeschlossen.

Abstimmung über die Änderungsanträge des Gemeinderates

://: Der Einwohnerrat stimmt den Änderungsanträgen des Gemeinderats mit 36 Ja bei 2 Enthaltungen zu.

Schlussabstimmung

Der Rat beschliesst mit 36 Ja bei 2 Enthaltungen:

://: Der Einwohnerrat stimmt der Mutation der Zonenvorschriften Siedlung „Gefahrenzonen“ zu und beauftragt den Gemeinderat mit der Durchführung des weiteren Verfahrens gemäss § 31 RBG.

Geschäft Nr. 3022

Postulat der SP-Fraktion, Eva Keller-Gachnang, betreffend „Schnellzugshalt in Pratteln“

Aktenhinweis

- Postulat der SP-Fraktion, Eva Keller-Gachnang, betreffend „Schnellzugshalt in Pratteln“ vom 7. November 2016

GR Stephan Löw: Das Postulat wurde am 7. November 2016 eingereicht und es hat einige Zeit bis zur Behandlung beansprucht. Der Gemeinderat will das Postulat annehmen und auch möglichst speditiv abhandeln. Wir haben die Fragen bereits weitergeleitet und es ist von grossem Interesse, dass hier in Pratteln wieder ein Schnellzug hält.

Eva Keller (Postulantin): Das Statement von GR Stephan Löw freut mich. Sissach, Gelterkinden, Stein-Säckingen, Rheinfeldern, Frick... Was haben diese Orte, das Pratteln nicht hat? Genau, einen Schnellzugshalt. 7'000, 6'000, 3'000, 11'000, 5'000... und das sind die zugehörigen Einwohnerzahlen gegenüber 16'000 von Pratteln. Alle diese Orte liegen an derselben Bahnlinie, aber bei uns fahren die schnellen Züge ohne Halt durch. Pratteln wächst und wächst weiter und so macht ein Halt in Pratteln grossen Sinn. Der Zeitverlust beim Bahnfahren gegenüber dem Auto entsteht beim Umstieg vom Regionalzug auf den Schnellzug. Ich wiederhole nicht den ganzen Text meines Postulates, sondern bitte euch um Überweisung, damit der Gemeinderat eine nächste Chance erhält, an den richtigen Stellen vorzusprechen, um das Thema Schnellzugshalt in Pratteln wieder aufzunehmen, nachdem wir uns vor Jahren den Schnellzugshalt von Rheinfeldern haben stehlen lassen. Vielleicht könnten auch Grossfirmen mit ins Boot genommen werden,

damit mehr Druck entsteht. Danke im Voraus für die Unterstützung, das Postulat an den Gemeinderat zu überweisen.

Andreas Seiler: Das Postulat verzögerte sich immer wieder und wurde schon einige Male traktandiert, abtraktandiert, wieder traktandiert, doch nicht behandelt und heute können wir darüber reden. Die FDP-Fraktion ist für Überweisung. Es handelt sich um ein Postulat, dass nicht Prüfen und Berichten ist, sondern den Gemeinderat zu einem Verhalten einlädt, wie es im Geschäftsreglement des Einwohnerrates heisst. Verkehrsverbindungen sind für Pratteln und jede andere Gemeinde sehr wichtig und gerade Richtung Fricktal ist vonseiten SBB keine Verbesserung vorgesehen, während es Richtung Liestal Pläne für einen Viertelstundentakt der S-Bahn gibt. Die Schnellzüge durch den Adlertunnel fahren ja gar nicht durch den Bahnhof Pratteln. Es gibt zwei Interregiolinien stündlich durch das Fricktal, also halbstündlich, und beide fahren in Pratteln durch. Es wäre sinnvoll, wenn beide in Pratteln halten würden. Es würde nicht nur eine Direktverbindung nach Zürich geben, was attraktiv ist. Auch wenn es zum Flughafen mit dem Intercity schnellere Verbindungen gibt, ist doch eine Direktverbindung mit viel Gepäck praktisch. Auch ins Fricktal nach Rheinfelden, Stein-Säckingen und Frick wäre ein besserer Takt möglich, weil die zusätzlichen Züge in Pratteln halten, ohne dass man zusätzliche Fahrten mit zusätzlichen Zügen durchführen müsste, was mit entsprechenden Fahrzeug- und Personalkosten verbunden wäre. Im Fricktal ist die Strecke durch den Güterverkehr stark ausgelastet, sodass zusätzliche S-Bahnzüge es schwer haben und Ausbauten noch in weiter Ferne sind. Der Regionalverkehr wird vom Kanton bestellt und auch bezahlt. Den Fernverkehr betreibt die SBB eigenwirtschaftlich und sie entscheiden auch selber, wo sie halten. Die Praxis zeigt aber, dass Lobbying einen grossen Einfluss hat und der Kt. Aargau offensichtlich sehr aktiv und erfolgreich ist mit den Halten im Fricktal und in Dietikon mit dem Flugzug. Technisch wäre es möglich, mit neuen Zügen mehr Halte bei gleichbleibender Fahrzeit einzufügen und mit den Wendezeiten in Basel wäre auch ein zusätzlicher Halt kein Problem. Darum laden wir auch den Gemeinderat ein, aktiv mit dem Kanton zusammen bei jeder Gelegenheit bei der SBB vorstellig zu werden, damit das, was bei Pratteln in der Zukunftsvision enthalten ist, auch Realität wird bei der Verkehrsanbindung.

Urs Schneider: Es heisst doch „Steter Tropfen höhlt den Stein“ und ich danke für das zweite Postulat von dir, Eva Keller. Es ist wichtig und richtig, dass die Gemeinde Pratteln gut und besser angebunden wird ans Netz der SBB und ich lade den Gemeinderat ein, die notwendigen Gespräche zu suchen. Die Fraktion der SVP wird das Postulat überweisen. Weiter wurde im Landrat ein Postulat eingereicht, das mehr Schnellzugshalte im Kanton fordert, das aber noch nicht überwiesen ist.

Petra Ramseier: Auch die Fraktion der Unabhängigen und Grünen ist für Überweisung des Postulates. Im Detail kann ich mich meinen Vorrednern anschliessen und ich denke auch, dass die Zusammenarbeit mit dem Kanton sehr wichtig ist. Wir haben einige Schnellzugshalte, nur leider etwas ungeplant nach den FCB-Matches und diese lassen sich noch nicht in den Fahrplan einbauen.

Abstimmung

Der Rat beschliesst mit 37 Ja bei 1 Enthaltung:

://: Das Postulat Nr. 3022 wird an den Gemeinderat überwiesen.

Geschäft Nr. 3023

Postulat der Unabhängigen und Grünen, Fabienne Zahnd, betreffend „Sicherer Schulweg zum Grossmattschulhaus, vom Weiherweg her kommend“

Aktenhinweis

- Postulat der Unabhängigen und Grünen, Fabienne Zahnd, betreffend „Sicherer Schulweg zum Grossmattschulhaus, vom Weiherweg her kommend“ vom 8. November 2016

GR Urs Hess: Der Gemeinderat nimmt dieses Postulat gerne entgegen und man könnte schon jetzt Reklame machen, dass die Mami- und Papitaxis endlich nicht mehr herumfahren, weil diese den grössten Einfluss auf die Problematik der Sicherheit des Schulweges haben. Wenn diese aufhören würden, ihre Kinder zur Schule zu fahren, hätten die Kinder erstens einen schönen Schulweg und zweitens hätten wir nicht mehr so viele Gefahren. Wir nehmen das Postulat gerne entgegen und prüfen es.

Fabienne Zahnd: Es freut mich zu hören, dass der Gemeinderat das Postulat entgegennehmen will. Meine beiden Töchter gehen seit bald 2.5 Jahren dort in die Schule und sind nicht ganz ungeschickte Verkehrsteilnehmerinnen. Immer wieder kommen sie nach Hause und sagen, dass sie sooo lange an der Kreuzung stehen und warten mussten, bis sie sie überqueren konnten. Es kommen viele Autos an, aus denen die Kinder aussteigen und manchmal gibt es ein Durcheinander, weil sie für alle vier Richtungen richtig einschätzen müssen, wann sie die Strasse überqueren können. Es gibt ein einziges Schild „Achtung Kinder“ und es ist für Autofahrer, die sich nicht auskennen, sehr schwer abzuschätzen, was ihn erwartet. Die Signalisation für die Autofahrer könnte verbessert werden und auch für die Kinder, damit sie besser wissen, wo sie die Strasse am besten überqueren können. Darum die Überweisung des Postulates.

Rolf Hohler: Auch die SVP-Fraktion ist für Überweisung dieses Postulates und bittet den Gemeinderat, seinen Fokus allgemein auf die Fussgängerstreifen in der Tempo-30-Zone zu legen, die es offiziell gar nicht gibt: Welche sind nötig, welche sind nicht nötig? Ich wohne an der Strasse mit dem Aargauertrottoir (so nennt man die gelben Streifen mit den Sperrflächen) und es wäre ratsam, den Leuten zu sagen, dass diese Streifen zum Begehen da sind und nicht die andere Strassenseite. Dies würde diese Strasse ein wenig sicherer machen. Ich sehe beim Schulhaus Erli jeden Tag die vielen Elterntaxis, die wirklich ein Problem sind, und mittags um 12 Uhr sind die Parkplätze alle belegt. Meine Kinder erzählen immer wieder zu Hause, dass die Eltern halb auf den Schulhausplatz gefahren sind, um zu kehren. Geeignete Massnahmen also nicht nur für das Grossmattschulhaus, sondern die Augen für den Gesamtbereich der Schulen aufmachen.

Marcial Darnuzer: Auch die SP-Fraktion ist für Überweisung dieses Postulates und schliesst sich den Vorrednern an.

Walter Keller: Auch die FDP-Fraktion schliesst sich den Vorrednern an und ist für Überweisung des Postulates. Grundsätzlich sind wir gespannt, welche Vorschläge und Massnahmen vom Gemeinderat kommen werden.

Abstimmung

Der Rat beschliesst einstimmig:

://: Das Postulat Nr. 3023 wird an den Gemeinderat überwiesen.

Geschäft Nr. 2943

Beantwortung des Postulats der Bau- und Planungskommission betreffend „Neuregelung für nicht, oder nur teilrealisierte Quartierpläne“

Aktenhinweis

- Antrag des Gemeinderates vom 14. Februar 2017

GR Rolf Wehrli: Die Beantwortung dieses Postulates liegt schriftlich vor und wir stehen für zusätzliche Fragen zur Verfügung.

Gert Ruder: In einem vorhergehenden Geschäft hat GR Rolf Wehrli seine hohen Ansprüche an die Arbeit des Gemeinderats kundgetan und gesagt, was das Volk erwartet und wie er damit umgeht. Ich bin ja als Volksvertreter da und in diesem Fall liegt uns keine ausgeprägte Fleissarbeit vor. Das Beste an diesem Geschäft ist das eingelöste Versprechen, den Termin einzuhalten. Eigentlich ist die Antwort zu den Fragen aus dem Postulat ungenau und unvollständig und ich zeige gerade auf, warum: Beim Quartierplan 15 geht es um die Bahnhofstrasse und dieser ist zu 2/3 realisiert gemäss grundlegendem Beschluss des Regierungsrates vom 17. Dezember. 2002. Dies kann man dem Zonenplan entnehmen. Er umfasst noch immer drei bestehende Liegenschaften, zwei nördlich und eine südlich des Weiherweges. Es fragt sich, was dieser Quartierplan für die Liegenschaftsbesitzer und die Gemeinde Pratteln für eine Bedeutung hat. Darf Pratteln bei einer späteren Vollaussnutzung dieses Quartierplanes 15 mit Entschädigungen aus Mutationsgewinnen rechnen? Ich kann versichern, meine Partei und Fraktion der SP, wird dieses, wenn es dann so weit ist, auf jeden Fall einfordern. Der Quartierplan 2, also Grabenmatt, ist zu 50 % realisiert und weitere 25 % wurden erst kürzlich angepasst im Bereich des Coop-Parkplatzes. Ausstehend ist noch der südliche Teil ich glaube, es ist Parzelle 1512, Ecke Bahnhofstrasse/St. Jakobstrasse. In diesem Bereich gibt es kommunal zu schützende Bausubstanz. Auch dies kann dem Zonenplan entnommen werden. Dazu fehlt aber eine verbindliche Aussage des Gemeinderates, wie er mit der Tatsache umgehen will, dass ein nur teilweise realisierter Quartierplan vorhanden ist und das Ganze gestört wird durch kommunal zu schützende Bausubstanz. Vielleicht kann GR Rolf Wehrli dies heute Abend noch beantworten. Die dritte Frage des Postulates bleibt völlig unbeantwortet. Daraus können wir schliessen, dass der Gemeinderat in Sachen Raumplanungs- und Baugesetz § 47 keine Aktivitäten entfalten will. Ich nehme dies so zur Kenntnis und bitte meine Kolleginnen und Kollegen, dies ebenfalls zur Kenntnis zu nehmen. Von mir aus gesehen kann man das Postulat abschreiben.

Andreas Seiler: Ich war in der letzten Legislatur auch Mitglied der BPK, als wir dieses Postulat verfasst haben, und sehe die Beantwortung nicht so negativ, wie Gert Ruder dargestellt hat. Fragen 1 und 2 sind klar beantwortet. Zur Sache mit der Überprüfung und dem Widerruf: Da heisst es im zitierten Text auch im Postulat „gegebenenfalls“ und es ist „zu überprüfen und nötigenfalls anzupassen“. Wann ist es nötig und was heisst gegebenfalls? Es macht auch keinen Sinn, wenn wir unsere Gemeindeverwaltung damit beschäftigen, irgendwelche Quartierpläne anzupassen, wenn dies gegebenenfalls nicht notwendig ist. Darum nehme ich zur Kenntnis, dass der Gemeinderat hier keine grossen Aktivitäten starten will, was auch Sinn ergibt. Wir haben Wichtigeres zu tun, als halb realisierte wieder anzupassen und falls es vom Grundeigentümer aus, einen Antrag gibt, etwas zu ändern, kann man es anschauen, und falls etwas gebaut werden soll, braucht es sowieso eine Baubewilligung. Die Beantwortung ist ehrlich und macht auch so Sinn. Ob man mit der Antwort zufrieden ist, ist etwas anderes. Vielleicht hat Gert Ruder erwartet, dass gewisse Quartierpläne gestrichen werden und den Mutationsgewinn hat man auch nur, wenn man baut oder verkauft und solange man das Bestehende nutzt, sind die Gewinne materiell nicht vorhanden. Das Postulat ist ehrlich beantwortet, auch wenn es nicht allen gefällt.

GR Rolf Wehrli: Ich stelle fest, dass Gert Ruder heute Abend mit mir einen Schmusekurs fährt und möchte mit dir nicht Pingpong spielen. Du hast gesagt, du bist für Abschreiben und damit ist das Wichtigste getan.

Abstimmung

Der Rat beschliesst einstimmig:

://: Das Postulat Nr. 2943 wird als erledigt abgeschrieben.

Fragestunde

Frage 1

„Parkbussen auf Gemeindestrassen durch die Kantonspolizei“

(Urs Baumann, FDP-Fraktion)

GR Urs Hess: Frage 1: *Entspricht es der Tatsache, dass die Kantonspolizei keine Kenntnisse über den Stand der Umsetzung der Parkraumbewirtschaftung hat?* Sie hat ganz klar Kenntnis, aber es wissen dies nicht alle 600 Kantonspolizisten. Die Sicherheitskommission trifft sich zwei Mal im Jahr und neben Personen aus der Gemeinde ist auch die Kantonspolizei vertreten. Dort wurde diese Problematik intensiv behandelt und alle 14 Tage findet ein Rapport zwischen der Gemeindepolizei und der Postenleitung der Kantonspolizei statt. Wie gesagt, 600 Polizisten des kantonalen Korps zu informieren, über die Eigenheit von Pratteln, dass wir noch nicht fertig markiert haben, ist leider nicht möglich. Frage 2: *Falls nein, wie oft wurde die Kantonspolizei informiert?* Wir führen keine Statistik darüber, wenn man sich so oft trifft. Frage 3: *Wie viele Meldungen über Parkbussen gingen auf der Verwaltung ein?* 19 Meldungen. Frage 4: *Wie hoch war der zeitliche Aufwand für die Verwaltung zur Bearbeitung?* Der zeitliche Aufwand betrug pro Fall ca. 20 Minuten; Gespräch mit den Betroffenen, Abklärungen und Rücksprache mit der Kantonspolizei, total also 4 Stunden. Unsere Rechtsabteilung bat die Kantonspolizei mittels Schreiben und Auflistung der Fakten, die Bussen zurückzuziehen und auf weitere Kontrollen vorerst zu verzichten. Im Allgemeinen funktioniert die Zusammenarbeit und Koordination mit der Kantonspolizei sehr gut. Frage 5: *Wie hoch sind die Kosten?* Der Aufwand betrug ca. CHF 390.00. Frage 6: *Ist der Gemeinderat auch der Auffassung, dass die Kantonspolizei gegen den Grundsatz des Vertrauensschutzes verstösst? (Vertrauen in Auskunft bezüglich Regime Parkfelder der hier zuständigen Gemeinde).* Die Kantonspolizei hat gesetzeskonform gehandelt und hätte schon lange Bussen ausstellen können, weil gemäss Signalisation nur in Parkfeldern parkiert werden darf. Vormarkierte Parkfelder sind laut Gesetzesdefinition keine Parkfelder. Die Problematik entstand durch den Markierungsstopp des Einwohnerrats. Die Kantonspolizei ist daher rein rechtlich gesehen korrekt vorgegangen. Die Zusammenarbeit ist immer gut und es gab nur wenige Ausreisser und ich habe nicht gehört, dass in der letzten Zeit Bussen verteilt wurden. Wenn sie durchs Quartier fahren und keine Bussen ausstellen, drücken sie ein Auge zu. Wenn genau nach dem Paragraphen gearbeitet wird, kann man Bussen aussprechen, aber heute Abend habt ihr die Möglichkeit, das Parkierungsreglement wenigstens in der 1. Lesung zu verabschieden, später entsteht Transparenz und es ist für alle klar.

Die Frage ist beantwortet.

Geschäfte Nr. 2976, 2993, 3041, 3040, 3045, 3042, 3043 und 3044 nicht behandelt.

Die Sitzung wird um 22.00 Uhr beendet.

Pratteln, 18. April 2017

Für die Richtigkeit

EINWOHNERRAT PRATTELN

Der Präsident Das Einwohnerratssekretariat

Jens Dürrenberger Joachim Maass